

RÜDIGER KOCH

Potenziale des Möglichen in Magdeburg

Verantwortung übernehmen und kulturpolitisch handeln¹

Im Jahre 1990 wurde Magdeburg zur Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts gewählt. Ihre Kulturgeschichte prägten gewaltige und gewalttätige Umbrüche, die der Stadt oft über Dezennien, manchmal Jahrhunderte, ihren Stempel aufdrückten: Zur ottonischen Epoche nicht nur geografisch, sondern auch politisch im Zentrum Europas, am 10. Mai 1631 in den Flammen des Dreißigjährigen Krieges nahezu ausgelöscht. Die Einwohnerzahl der Stadt fiel von über 30 000 auf gerade 450. »Magdeburgisieren« wurde zu einem Synonym für kriegerische Verwüstung.

Magdeburg benötigte über zwei Jahrhunderte, um seine ursprüngliche Größe wieder zu erreichen, um im Verlauf der Industriellen Revolution in kurzer Zeit auf das Zehnfache an Einwohnern zu wachsen. In den entstandenen Fabrikhallen wurden auch moderne Waffen produziert, welche die Wehr der einst stärksten Festung Preußens überflüssig machten und an den Fronten des Ersten und Zweiten Weltkrieges den Tod brachten.

Mit der fast vollständigen Zerstörung der Stadt am 16. Januar 1945 wiederholte sich das Trauma von 1631. Es folgte die geopolitische Neuausrichtung Magdeburgs als Stadt des Schwermaschinenbaus an der westlichen Grenze des damaligen Ostblocks.

Trotz dieser historischen Zäsuren bewahrte sich die Stadt eine kulturelle Kontinuität. Ihre Bürgerschaften schufen – bisweilen fast verborgen, manchmal unter dem Beifall der Welt – Kleines und Großes. Und immer wieder erwuchsen der kulturgeschichtlichen DNA der Stadt, Mutationen gleich, diese Veränderndes, anderweitig Prägendes, über ihre Grenzen hinaus.

Die entgrenzte Einheitseuphorie der Wendezeit mit den eröffneten Optionen auf Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, gesellschaftliche Vielfalt, mit ihren

1 Grundlage dieses Beitrags ist der am 18. Juni 2015 auf dem 8. Kulturpolitischen Bundeskongress »Kultur.Macht. Einheit? Kulturpolitik als Transformationspolitik« gehaltene Vortrag in Panel 1 »Neubeginn oder Übernahme? Die Deutsche Einheit als kulturpolitische Zäsur«.

Hoffnungen, auch Ängsten, und ihren kreativen Aufbruchspotenzialen verlief nicht ohne Einschnitte. So gingen allein in Magdeburg über 40 000 Arbeitsplätze verloren und die jährliche Zahl der Geburten fiel binnen kurzem auf ein Drittel, mit den Auswirkungen auf die Zukunft. Von den einst über 100 Schulen der Stadt mussten in der Folge 40 Standorte geschlossen werden. Unter den besonderen, förderlichen Bedingungen der deutschen Einheit setzte ein nicht nur wirtschaftlicher Strukturwandel ein, der sich bis weit in die absehbare Zukunft fortsetzen wird.

Blieb bei diesen zeitraffergleichen Entwicklungen überhaupt Raum für eine diskursbasierte, ergebnisorientierte Kulturpolitik? Und hatte sie überhaupt eine Chance, sich in dieser Zeit angemessen Gehör zu verschaffen? Gerade weil sie unter den veränderten Bedingungen neue Wege zu skizzieren hatte, deren Ausbau ebenso notwendig wie spannend, lust- und schmerzvoll sein würde, musste sie die Höhen und Tiefen vergangenen und gegenwärtigen Tuns und Lassens zur Grundlage haben.

Konzeptbasierte Kulturpolitik in der Praxis

In einer ersten Phase erfolgte dies über themenbezogene Positionspapiere des Kulturdezernates, die aus der Analyse der Ist-Situation und den hier aufgezeigten Defiziten prioritäre Setzungen ableiteten. Bei diesen auf kurzfristige politische Entscheidungen abzielenden Vorlagen wurde bewusst mit einem Konzept zur Entwicklung der Stadtteilkultur begonnen, um damit auch politisch ein Zeichen für ein partizipatives Kulturverständnis gegenüber sich neu entwickelnden, eigene Perspektiven suchenden Kulturinitiativen zu setzen. Weitere Papiere unter anderem zu den Museen, Theatern, zur Literatur- und Musikförderung folgten.

Auf der Grundlage der inhaltlichen Diskussionsergebnisse und Beschlussfassungen wurden für den investiven Bereich eine Reihe von Entscheidungen auf den Weg gebracht (Neubau bzw. grundlegende Sanierung von Zentralbibliothek, Konservatorium, den zentralen Theaterwerkstätten, Schauspielhaus, einem Haus der Musik, Puppentheater, Stadtteil-Kulturzentren usw.), sodass nur innerhalb einer Dekade die Kultur Magdeburgs über eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur verfügte. Der Umfang dieser kurzzeitigen Investitionen in Kultureinrichtungen ist in der Geschichte der Stadt ohne Beispiel.

Parallel hierzu wurden seitens des Kulturdezernates wiederholt Jahresthemen im städtischen Kalender besetzt, wie mit zwei hochgelobten Europaratsausstellungen zur ottonischen Epoche oder dem Weltfigurentheater-Festival der *UNIMA*. Auch bereits in dieser frühen Phase wurde unter anderem die Diskussion zum Einfluss der Kultur auf die Stadtentwicklung seitens des Fachdezernates aktiv geführt und mit konkreten kommunalpolitischen Beschlüssen begleitet.

Die Zügigkeit dieser kulturpolitischen Entscheidungsfindungen mahnte zu einem zwischenzeitlichen Innehalten. Die verantwortliche Vorbereitung und Durchführung des 1200-jährigen Stadtjubiläums 2005 gaben einen zusätzlichen Anlass, im genannten Jahr ein umfassendes Papier als Statusbericht mit Ausblick vorzulegen. In der Einführung wurde selbstbewusst formuliert, dass sich in der Vermitt-

lung zwischen Wissenschaft, Politik und gesellschaftlichem Leben die Kulturpolitik als ein Schlüsselbereich der Gestaltung gegenwärtigen und zukünftigen städtischen Lebens versteht. Diese Aussage wurde auch dadurch belegt, dass sich der relative Anteil des Kulturbereiches am Verwaltungshaushalt der Landeshauptstadt Magdeburg gegenüber 1994 innerhalb einer Dekade verdoppelt hatte. Von allen Landeshauptstädten hielt Magdeburg im Jahre 2003 die höchsten laufenden Kulturausgaben mit 126,60 Euro je Einwohner, gefolgt von Stuttgart mit 124,50 Euro. Die Bürgerschaft mit ihrem Stadtrat hatte sich hiermit engagiert und verantwortungsbewusst zur Entwicklung Magdeburgs auch als einer Stadt der Kultur bekannt.

Kulturpolitik im städtischen und gesellschaftlichen Strukturwandel

Wenngleich das Papier Perspektiven für die Folgejahre aufzeigte, war es im Ergebnis eher eine Zwischenbilanz der politisch-administrativen Arbeit als das Resultat eines breit angelegten Diskurses. Der anhaltende Transformationsprozess vom Industriestandort zum Verwaltungs-, Kultur- und Wissenschaftszentrum, zum modernen Dienstleistungszentrum, bestimmte weiterhin die städtische Um- und Aufbruchssituation. Eine derartige Situation, so auch die Erfahrung aus der eigenen 1200-jährigen Stadtgeschichte, bot die Chance, neue Handlungsansätze zu finden und erweiterte Positionsbestimmungen vorzunehmen. Die Feststellung, dass auch die Kultur(politik) fortwährend vor aktuellen, neuen inhaltlichen Aufgaben steht, die sich aus der Auseinandersetzung mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen herleiten, warf in den Diskussionen immer wieder die Frage nach der Planbarkeit von Kultur auf. Klassische Planungsszenarien sind häufig langfristig konzipiert und damit in gewisser Weise statisch. Mitunter werden die Ergebnisse bereits von der Realität überholt, ehe sie überhaupt als politisches Ziel formuliert oder als solches umgesetzt werden können.

Weil gerade Kultur immer Bewegung induziert und andererseits Spontaneität evoziert, bedarf es angemessener Konzeptstrategien. Dabei ist die Operationalisierung von Planungsprozessen, durch welche die Kultur tatsächlich in den lebendigen Austausch mit der gesamtgesellschaftlichen Situation tritt, schon immer eine Gratwanderung zwischen kurzfristig angelegten Konzepten mit politischer Handlungsrelevanz auf der einen und verbindlichen Perspektivaussagen auf der anderen Seite. Von daher bot sich in einem weiteren Schritt die diskursive Begleitung konkreter Transformationsprozesse an, verbunden mit klassischen Planungselementen, um damit die berechnete Erwartungshaltung der Bürgerschaft nach Partizipation, die der Kultur immanent ist, handlungsorientiert aufzugreifen.

Gleichsam als dritte Phase einer kulturpolitischen Strategie der Nachwende wurde seitens des Fachdezernates in diesem Verständnis zu einem öffentlichen Kulturdiskurs eingeladen. Über 20 Monate wurden in Workshops, unterbrochen von Kolloquien, durch die zahlreich Beteiligten Thesen erarbeitet, die als Grundlage für eine Kulturcharta der Landeshauptstadt Magdeburg dienen und das inhaltli-

che Skelett des Gesamtpapiers darstellten. Mit der vorgelegten Charta verband sich die Einladung zu einem anhaltenden operationalisierten, ergebnisorientierten Diskurs über das kulturelle Profil der Stadt vor dem Hintergrund der aktuellen Situation und erkennbarer gesellschaftlicher Tendenzen. Mehr noch: Der Magdeburger Stadtrat nahm die Kulturcharta zum Anlass, die Verwaltung zu beauftragen, sich um den Titel der »Kulturhauptstadt Europas« zu bewerben. Damit wurde der Diskussion eine neue Dimension gegeben, in welcher kommunale Kulturpolitik sich nicht nur eingebunden sieht in nationale, sondern europäische Kontexte. Es steht damit nicht mehr die Frage im Vordergrund, wie »kulturmächtig« die deutsche Einheit verlief, sondern wie wir mit Globalisierung, Digitalisierung, auch mit wiedererstarkten Nationalismen umgehen, welche Kulturschätze anderer Regionen uns zu bereichern und welche Erfahrungen wir im Austausch einzubringen vermögen. Gerade die Einfluss nehmende Kulturpolitik der Nachwendezeit, hier im Osten Deutschlands, bietet sich hierfür exemplarisch an.

Perspektive Europa

Zeitraffergleiche Transformationsprozesse haben die Kulturpolitik im Osten Deutschlands vor besondere Herausforderungen gestellt, auch politisch geschärft. Hierauf zu schauen, ist ein Informationsangebot an den Westen unserer Republik, aber auch an den europäischen Kulturkontinent. Entscheidender für uns gemeinsam ist der internationale Blick, nicht die Binnensicht auf die Einheit, sondern der gelebte Umgang mit der Vielfalt.

Schließen wir mit einem Zitat aus Nach- und Vorgedachtem zu einer Bewerbung Magdeburgs um den Titel der »Europäischen Kulturhauptstadt«, hier mit Blick auf aktuelle, geschichtsvergessene Krisen: »Allein Beschlüsse, in die Historie wie Gegenwart eingebunden werden Chancen eröffnen, die Gewalt einzudämmen. Krieg ist die totale Abwesenheit von Kultur. Und deshalb wollen und können wir uns als Magdeburgerinnen und Magdeburger einbringen in die europäische Diskussion. Bereits 1802 setzten die Bürger von Kiew dem Magdeburger Recht ein Denkmal. Es hatte seit Jahrhunderten und vor allem in Osteuropa mitgeholfen, verlässliche rechtliche Strukturen zu schaffen, eine der Grundvoraussetzungen für die Entwicklung einer freien bürgerlichen Gesellschaft. Mit dem Wissen um diese Verbundenheit bieten wir im Zuge der Bewerbung um die Europäische Kulturhauptstadt unsere Bestrebungen um ein Magdeburgisches Europäisches Kulturmanifest auf. In diesem Manifest werden die philosophischen und politischen Debatten und Diskurse von Habermas bis Schmidt, von Cohn-Bendit bis Enzensberger, Negt und Menasse (um nur einige deutschsprachige Beiträge zu nennen) ebenso eingeschrieben sein, wie die Erfahrungen, die Erkenntnisse, die Hoffnungen, die Wünsche, letztlich die Vorstellungen von Zukunft von über eintausend Kommunen und deren Bürgerinnen und Bürgern.«²

2 Koch, Rüdiger (2014): »Ein Europäisches Kulturmanifest. Erfahrungen, Erkenntnisse, Hoffnungen, Wünsche«, in: Forum Gestaltung (Hrsg.): *Magdeburg sein – Kulturhauptstadt werden*, Magdeburg: Selbstverlag, S. 19